



Niederschrift

43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 20.11.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE
Herr Uwe Adler SPD
Frau Ingeborg Naundorf Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Simon Wohlfahrt DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr David Kolesnyk SPD
Herr André Noack DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Frau Ute Warbein Beirat für Menschen
mit Behinderungen
Herr Roman Böttcher DIE aNDERE
Frau Christiane Erning Potsdamer
Demokraten/BVB
Freie Wähler
Herr Viktor Kalitke Migrant*innenbeirat
Frau Tina Lange DIE LINKE
Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP
Frau Grit Schkölziger SPD ab 17:40 Uhr
Herr Steve Schulz SPD ab 17:40 Uhr
Herr Ronald Sima DIE LINKE bis 19:45 Uhr
Frau Eva Wieczorek Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

- Vorlage: 18/SVV/0604
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
SBV, OBR Golm, OBR Eiche
- 3.5 Sportflächen
Vorlage: 18/SVV/0602
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, WA KIS
- 3.6 Moratorium BUGA-Volkspark
Vorlage: 18/SVV/0260
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
JHA, SBV
- 3.7 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 18/SVV/0686
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
B/Sp., FA, K/W, HA
- 3.8 Schließung der Berufsvorbereitenden Oberschule Pierre de Coubertin mit
Beendigung des Schuljahres 2018/2019
Vorlage: 18/SVV/0758
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 3.9 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld
Vorlage: 18/SVV/0735
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
B/Sp., GSI, KOUL, JHA, SBV (ff)
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18
- 3.10 Lärm auf dem Templiner See
Vorlage: 18/SVV/0736
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)
- 3.11 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern
Vorlage: 18/SVV/0743
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., FA, K/W, HA
- 3.12 Baufläche am Lustgarten: Raum für Musik und Bewegung
Vorlage: 18/SVV/0770
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp., K/W, SBV (ff)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 18/SVV/0648
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.2 Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten
Vorlage: 18/SVV/0764
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.4 Halle für Alle
gem. DS 18/SVV/0058

- 4.5 Präsentation der Arbeitsergebnisse des Bildungsbüros
- 4.6 Vorstellung der Bildungsangebote der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- 5 Sonstiges
- 5.1 Ersatzflächen für den Wegfall der Sportflächen an der Uni Potsdam
- 5.2 Sachstand Schule Medienstadt
- 5.3 Information zur Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung am 06.12.2018
- 5.4 Bericht aus der Schulleiterberatung am 08.11.2018
- 5.5 nächste Ausschusssitzungen
- 5.6 Errichtung einer Gesamtschule am Standort Georg-Hermann-Allee/Esplanade

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Viehrig**, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.10.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind **7** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Folgende Anmerkung zur Niederschrift der letzten Ausschusssitzung vom 09.10.2018 liegt vor:

Herr Sima weist darauf hin, dass seine Anmerkungen im Tagesordnungspunkt 5.3 – Schulausfall durch Bombenentschärfungen auf das gesamte betroffene Sperrgebiet bezogen gewesen seien, nicht nur auf das Humboldt-Gymnasium. Daher wird der Redebeitrag wie folgt abgeändert:

„Herr Sima informiert, dass aufgrund der häufigen Sperrungen durch Bombenentschärfungen an der Heinrich-Mann-Allee (3 Fälle in diesem Jahr) bereits mehrfach der Unterricht am Humboldt-Gymnasium ausgefallen sei. Er fragt, ob es Planungen seitens der Verwaltung gebe, um diesen

Unterrichtsausfälle an den betroffenen Schulen, welche durch die Sperrungen während der Bombenentschärfungen entstehen, zu vermeiden. Nach aktuellen Informationen werde es in der nächsten Zeit noch weitere Entschärfungen in diesem Bereich geben. Kurzfristig wurden Lösungen - wie Hausarbeit für die Schüler - gefunden, doch sei dies keine dauerhafte Lösung. Er fragt, ob es Ausweichstandorte für die Schülerinnen und Schüler gebe.“

Die so geänderte Niederschrift wird **mit 6 Zustimmungen, bei einer Enthaltung**, angenommen.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

zu TOP 3.1 - Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg
- Bürgerinitiative „der Babelsberger Wald muss bleiben“, Frau Sielaff

zu TOP 3.6 - Moratorium BUGA-Volkspark,
zu TOP 3.9 - Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld,
zu TOP 3.12 - Baufläche am Lustgarten: Raum für Musik und Bewegung
- Bereich Stadterneuerung, Herr Lehmann
- Entwicklungsträger Bornstedter Feld, Herr Theobald
- StadtrandELFen e.V., Frau Roth

zu TOP 3.10 - Lärm auf dem Templiner See
- Olympiastützpunkt Brandenburg, Herr Helm

zu TOP 4.1 - Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
- Bereich Wohnen, Herr Jekel

zu TOP 4.2 - Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten
- FB Steuerung und Innovation, Herr Kitzmann, Frau Möllmann

zu TOP 4.6 - Vorstellung der Bildungsangebote der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- SPSG, Frau Hollender

Den vorliegenden Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

Herr Viehrig schlägt die Behandlung der Tagesordnungspunkte in folgender Reihenfolge vor:

Nach dem Tagesordnungspunkt 3.1 – „Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg“ soll aufgrund der vorliegenden Rederechte zunächst der Tagesordnungspunkt 3.10 – „Lärm auf dem Templiner See“, dann der TOP 4.6 – „Vorstellung der Bildungsangebote der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten“ aufgerufen werden.

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt 3.6 – „Moratorium BUGA-Volkspark“ aufgerufen. Da sich die Anträge direkt aufeinander beziehen, soll der TOP 3.6 gemeinsam mit dem TOP 3.9 – „Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld“ behandelt werden.

Auch die Tagesordnungspunkte 3.7 – „Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße“ und 3.11 – „Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern“ sollen gemeinsam behandelt werden.

Herr Viehrig informiert, dass die Tagesordnungspunkte 3.2 – „Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese“ und 3.3 – „Kunstrasenplatz Nowawiese“ seitens des Antragstellers (Fraktion DIE aNDERE) weiterhin **zurückgestellt** werden. Die Tagesordnungspunkte werden für die Dezembersitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Er weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung gewünscht wurde, unter Sonstiges den Tagesordnungspunkt „Errichtung einer Gesamtschule am Standort Georg-Hermann-Allee/Esplanade“ mit aufzunehmen.

Frau Aubel bittet, um Verschiebung des Tagesordnungspunktes 4.5 – „Präsentation der Arbeitsergebnisse des Bildungsbüros“ **auf die nächste Sitzung** da aufgrund der Fülle der Tagesordnung und der zeitlichen Einschränkung pro Tagesordnungspunkt zu wenig Zeit wäre, die Arbeitsergebnisse entsprechend ausführlich vorzustellen.

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg**

Vorlage: 18/SVV/0269

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV, KOUL, B/Sp. (ff)

Frau Sielaff berichtet, dass sie vertretend für die Bürgerinitiative bereits im Juni 2018 in der Stadtverordnetenversammlung ihre Position zum Erhalt der Waldfläche zwischen der Tram-Wendeschleife (Rudolf-Breitscheid-Straße) und der Sportstätte des FSV Babelsberg 74 erläutert habe. Es handle sich um einen Naherholungsort, welcher aufgrund seines hohen ökologischen Wertes unbedingt erhalten bleiben müsse. Sie informiert, dass aktuell eine Beschlussvorlage - Aktionsplan / Masterplan zum Klimaschutz - in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurde.

Sie geht auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein. Bei der Prüfung neuer Sportflächen in Babelsberg sollen Waldflächen generell ausgeschlossen werden. Die Bürgerinitiative befürworte diesen Antrag und sei ebenfalls der Ansicht, dass die Rodung von Waldflächen für Bauprojekte generell ausgeschlossen werden müsse.

Herr Viehrig bringt eine neue Fassung des Antrages mit folgendem Wortlaut ein:

Betreff: ~~Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg~~ **Sportpotenziale in Potsdam**

Änderungsvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung bereits erfolgter Prüfungen zu überprüfen, welche Sportpotenziale im gesamten Stadtgebiet für den Potsdamer Sport noch erschlossen werden können.

Die Prüfergebnisse sind sozialraumbezogen im September 2019 vorzustellen.

Herr Viehrig erläutert, dass mit diesem Antrag eine Ausweitung der Untersuchungen erreicht werde, in welcher die ganze Stadt für mögliche sportliche Potenziale betrachtet werde.

Die Prüfergebnisse sollten dann die Basis für die Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung bilden.

Herr Gessner informiert, dass der Bereich Sport diese Prüfungen grundsätzlich befürworte. Er bittet aber um Konkretisierung des Prüfauftrages durch den Antragsteller, da es sich konkret um den Ausgleich des Defizits an wettkampftauglichen Großfeldflächen handelt.

Herr Wollenberg merkt an, dass besonders im Hinblick auf die neu entstehenden Stadtgebiete, neben den Großfeldflächen auch andere Sportflächenmodelle nötig seien. Eine Ausweitung der Prüfung sei daher sinnvoll.

Herr Wohlfahrt sieht die möglichen Potenziale eher durch Erweiterungen der Bestandsflächen. Auch er spricht sich für den Ausschluss von Waldflächen bei den Prüfungen aus.

Frau Naundorf bittet den Ausschluss der Waldflächen in den Antragstext der Neufassung mit aufzunehmen. Sie weist auf die erneute Verzögerung einer endgültigen Beschlussfassung durch die weitere, ausgeweitete Prüfung hin. Ein Ergebnis sei jedoch zeitnah nötig.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die Verzögerung des Verfahrens besonders aufgrund der Vielzahl neuer Änderungsanträge, entsteht. Jede Neufassung muss zunächst besprochen werden. Ziel des Ausschusses sollte ein abschließendes Votum vor der nächsten Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung sein. Eine Übersicht zu erhalten, welche Möglichkeiten es gibt, sei wichtig.

Herr Böttcher bittet um Unterscheidung von kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen.

Maßnahmen, die kurzfristig durchgeführt werden können, sollten direkt beschlossen werden. Eine Prüfung, welche langfristigen Möglichkeiten es außerdem gebe, könne danach erfolgen. Eine Konkretisierung des Antrages sei erforderlich.

Herr Viehrig fasst noch einmal zusammen, dass die im Antrag geforderte Prüfung eine Übersicht darüber geben soll, welche baulichen Möglichkeiten es auf welchen Flächen in Potsdam gibt. Auch soll sie aufzeigen, welche Bestandsflächen (entsprechender Antrag bereits im Geschäftsgang) gegebenenfalls ertüchtigt werden können. Hierzu werden die Bedarfe in der gesamten Stadt einbezogen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die Verzögerung des Verfahrens besonders aufgrund der Vielzahl neuer Änderungsanträge, entsteht. Jede Neufassung muss zunächst besprochen werden. Ziel des Ausschusses sollte ein abschließendes Votum vor der nächsten Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung sein. Eine Übersicht zu erhalten, welche Möglichkeiten es gibt, sei wichtig.

Herr Böttcher bittet um Unterscheidung von kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen.

Maßnahmen, die kurzfristig durchgeführt werden können, sollten direkt beschlossen werden. Eine Prüfung, welche langfristigen Möglichkeiten es außerdem gebe, könne danach erfolgen. Eine Konkretisierung des Antrages sei erforderlich.

Herr Viehrig fasst noch einmal zusammen, dass die im Antrag geforderte Prüfung eine Übersicht darüber geben soll, welche baulichen Möglichkeiten es auf welchen Flächen in Potsdam gibt. Auch soll sie aufzeigen, welche Bestandsflächen gegebenenfalls ertüchtigt werden können. Hierzu werden die Bedarfe in der gesamten Stadt einbezogen.

Frau Pichler weist auf den Fehlbedarf von rund 50 Tsd. m² an wettkampftauglichen Sportflächen in Potsdam hin. Selbst durch die Ertüchtigung der benannten Flächen werde dieser Bedarf nicht gedeckt. Ein grundsätzlicher Ausschluss von Waldflächen sei hier nicht zielführend. Eine perfekt geeignete Fläche sei kaum zu finden. Daher sollten alle Beteiligten bereit sein, entsprechende Kompromisse einzugehen.

Frau Aubel merkt an, dass sich bei dem Ausschluss eines zu prüfenden Punktes, in diesem Fall die Waldflächen, immer weitere Punkte finden würden, welche dann gegebenenfalls ebenfalls ausgeschlossen werden müssten. Dies schränke die möglichen Flächen nur immer weiter ein. Eine Prüfung nach sportfachlichen Kriterien sei deshalb zunächst der zielführendere Ansatz.

Frau Naundorf betont, dass man keinesfalls Sport und Klimaschutz gegeneinander ausspielen wolle. Für die Sportvereine werde sicher eine Lösung gefunden, nur dürfe man den Klimaschutz nicht vernachlässigen.

Herr Wohlfahrt merkt an, dass viele unterschiedliche Bedürfnisse beachtet werden müssen. Allerdings sei der Schutz einer Waldfläche im Vergleich zu anderen Interessen wie beispielsweise dem Lärmschutz und Ähnlichem wesentlich wichtiger.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handle. Die abschließende Entscheidung werde letztendlich durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen. Wenn die Prüfung abgeschlossen ist und eine Übersicht der Vorteile und Nachteile vorliegt, müssen die Stadtverordneten mit den Ergebnissen eine abschließende Entscheidung treffen. Grundsätzlich dürfe eine Prüfung aber nicht abgelehnt werden.

Herr Richter ergänzt, dass in Potsdam viele Flächen bereits belegt seien. Die Prüfung müsse sich demnach auf alle noch möglichen Flächen beziehen. Der Bedarf werde auch weiterwachsen. Wenn man zu viele Einschränkungen vornimmt, werden irgendwann keine zu prüfenden Flächen mehr vorhanden sein.

Herr Wollenberg ergänzt, dass die neue Fassung des Antrages genau diese nötige Transparenz schafft und keine Vorentscheidungen trifft, wodurch eine Abwägung ermöglicht wird.

Er geht auf die damalige Planung zur Schule im Bornstedter Feld ein. Hier wurden durch den Schulentwicklungsplan 2014 schon im Vorfeld Einschränkungen vorgegeben. Letztendlich hatte man zur Flächenfindung eine Übersicht aller noch freier Grundstücke einfordern müssen. Ein Überblick im Vorhinein sei wichtig, dann erst sei eine Auswertung und Abwägung möglich.

Der Antrag wird wie folgt geändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen

Sportstättenpotenzialfläche in Babelsberg Sportpotenziale in Potsdam

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die sportlichen Potenziale für die Fläche zwischen der Tram Wendeschleife (Rudolf-Breitscheid-Straße) und der Sportstätte des FSV Babelsberg 74 zu prüfen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport sind mögliche Potenziale wettkampffähige Sportflächen im November 2018 vorzustellen.~~

unter Berücksichtigung bereits erfolgter Prüfungen zu überprüfen, welche Sportpotenziale im gesamten Stadtgebiet für den Potsdamer Sport noch erschlossen werden können.

Die Prüfergebnisse sind sozialraumbezogen im September 2019 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.2 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese

Vorlage: 18/SVV/0348

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

Durch den Antragsteller **zurückgestellt** bis zur Dezembersitzung.

zu 3.3 Kunstrasenplatz Nowawiese

Vorlage: 17/SVV/0286

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

Durch den Antragsteller **zurückgestellt** bis zur Dezembersitzung.

zu 3.10 Lärm auf dem Templiner See

Vorlage: 18/SVV/0736

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)

Frau Naundorf informiert, dass der Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen wird. Die Fraktion hatte nicht beabsichtigt, die Sportvereine bzw. Kanuten anzugreifen, wie es in der Presse zum Teil dargestellt worden sei. Ziel des Antrages war die Hoffnung, dass die Situation untereinander geklärt werden kann, bevor diese sich zuspitzt. Sie bittet, die zum Teil auch schon erfolgten gemeinsamen Gespräche zwischen den Anwohnern und den Vereinen weiterzuführen. Langfristig sollte eine Möglichkeit gefunden werden, auf die Benutzung von Megaphonen zu verzichten und auf andere elektronische Kommunikationstechniken zurückzugreifen.

Herr Helm informiert, dass der Olympiastützpunkt den Anwohnern zunächst durch die Reduzierung der Kommunikation beim Sport an Sonn- und Feiertagen entgegenkommen möchte. Eine langfristige Lösungsfindung ist ebenfalls angedacht.

Herr Viehrig informiert, dass er persönlich mit Herrn Gutsche, Abteilungsleiter Kanu-Rennsport, vom OSC Potsdam gesprochen hat. Der OSC wird seine Trainer für die Lärmvermeidung sensibilisieren, er hält den Antrag der Grünen jedoch für nicht zielführend.

Der Tagesordnungspunkt wird durch die Antragsteller **zurückgezogen**.

zu 4.6 Vorstellung der Bildungsangebote der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Frau Hollender stellt anhand einer Präsentation die Bildungsangebote der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) vor. Sie geht dabei zunächst auf die Eckdaten der Stiftung ein und informiert über den Auftrag der Stiftung zur Vermittlung kultureller Bildung. Sie bezieht sich auf den wirtschaftlichen Ansatz der Stiftung und auf die Refinanzierung durch Einnahmen. Sie geht auf die Schwerpunktzielgruppen, die Leitgedanken und Prinzipien ein. Sie erläutert die verschiedenen Angebote für Schulklassen und bittet die Ausschussmitglieder bei den Schulen für diese Angebote zu werben. An vielen Schulen seien diese Angebote bislang nicht bekannt. Sie weist auf die verschiedenen Kooperationen und die Angebote für Familien sowie die Durchführung von Ferienworkshops hin. Auch die Möglichkeit zur Durchführung von Kindergeburtstagen bestehe. Sie stellt die Projekte aus dem Themenjahr 2018 „zu Tisch“ vor. Mittlerweile werden Audio- und Mediaguide-Führungen für Kinder und Jugendliche angeboten, beispielsweise für die Bildergalerie im Schloss Sanssouci. Auch gebe es Vermittlungsangebote und Hilfsmittel für Besucher mit Einschränkungen. Sie geht auf das Thema Förderung und Sponsoring ein. Abschließend informiert sie über die verschiedenen Akteure der Stiftung. Die Präsentation ist der vorliegenden Niederschrift beigelegt. **(Anlage 1)**

Frau Wieczorek schlägt vor, die Kontaktdaten von Frau Hollender an die Schulleitungen weiterzureichen, um so bei den Schülerinnen und Schülern für die Angebote werben zu können. (Silke Hollender, Referatsleiterin Angebotsentwicklung/Kulturelle Bildung SPSG, 0331-9694-193).

Frau Aabel schlägt vor, die SPSG zur Schulleiterberatung im nächsten Jahr mit einzuladen.

Frau Schkölziger ergänzt, dass man auch im Rahmen des Kreisschulbeirates oder Kreiselterates eine Vorstellung der Bildungsangebote der SPSG durchführen könne.

zu 3.6 Moratorium BUGA-Volkspark Vorlage: 18/SVV/0260 Einreicher: Fraktion DIE aNDERE JHA, SBV

zu 3.9 Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

Vorlage: 18/SVV/0735

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
B/Sp., GSI, KOUL, JHA, SBV (ff)
+ Äa Fraktion CDU/ANW vom 06.11.18

Herr Lehmann bringt die Vorlage „Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld“ ein. Eingeflossen seien alle aktuell bekannten Anträge. Die zeitliche Abfolge der Maßnahmen wurde aufgrund des Bedarfes und der entsprechenden Dringlichkeit festgelegt. Ein entwicklungsbedingter weiterer Bedarf an sozialen Einrichtungen sei entstanden. Die Finanzierung könne durch Einnahmen gedeckt werden. Diese Einnahmen müssen, z.B. durch den Verkauf der Wohnflächen, erreicht werden. Er weist darauf hin, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die Vorlage am 11.12.2018 erneut aufrufen werde. Sie wurde in der Sitzung am 13.11.2018 zunächst zurückgestellt, um die Voten der anderen Ausschüsse abzuwarten. Die Behandlung im Jugendhilfeausschuss erfolgt am 29.11.2018.

Herr Theobald stellt anhand einer Präsentation die Konkretisierung der Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld vor. Er geht auf die untersuchten Standorte ein (Anlage 2). Kriterien in der Standortsuche waren in erster Linie die Verfügbarkeit, mögliche Umweltauswirkungen, das Planungsrecht, die Vorgaben des Geschäftsbereiches sowie die finanziellen Auswirkungen.

Herr Viehrig stellt den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW vor.

Herr Theobald weist darauf hin, dass es bei den im Änderungsantrag benannten Flächen bislang noch Nutzungskonkurrenzen gebe. Auch die Finanzierbarkeit müsse planungsrechtlich überprüft werden. Ziel sei aber die Freihaltung der Fläche für den Bau eines Kiezbades.

Herr Lehmann informiert, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die räumliche Verortung dieser Maßnahmen vorgestellt werde.

Auf Nachfrage von **Herr Wohlfahrt**, ob auch Freiflächen eingeplant worden sind, antwortet **Herr Theobald**, dass es für bestimmte Einrichtungen Freiflächenbedarfe gebe und diese auch berücksichtigt wurden.

Herr Adler fragt, ob die Grundstücke (WA 4 und WA 6) im vorgeschlagenen Nutzungsmix in Form von Konzeptvergabe veräußert werden. Herr Theobald erläutert, dass dies bisher noch nicht geplant sei. Bei der Ausschreibung der Grundstücke WA 3 und WA 5 lag der Anspruch zunächst auf der baulichen Realisierbarkeit.

Herr Wollenberg merkt an, dass eine Kombination aus Kindertagesstätte und Jugendeinrichtung inhaltlich schwierig umsetzbar sei. Er geht auf die finanziellen Auswirkungen ein. Auch die Summe, welche in Form des Treuhandvermögens zur Verfügung steht, sei nicht bekannt.

Herr Wohlfahrt weist darauf hin, dass es nicht zielführend sei, kommunale Grundstücke zu veräußern und somit eigene Flächen zu verlieren. Auch wenn die Grundstücke weiterhin im kommunalen Eigentum verbleiben, könne man Einnahmen generieren.

Herr Theobald bezieht sich auf die Statistik der Grundstücksverkäufe von 1994 – 2018. Hier sei ein Ausgleich der Ausgaben und Einnahmen immer erreicht worden. Im Falle eines Erbbaurechts wäre eine Refinanzierung nicht möglich.

Auf Nachfrage zur dargestellten Zeitschiene für die Rote Kaserne West (Baufeld WA 1.1, Variante B) erläutert **Herr Theobald**, dass aufgrund der geplanten 4-geschossigen Bebauung eine Bebauungsplanänderung nötig sei und das Verfahren somit mehr Zeit in Anspruch nehme.

Herr Theobald weist aufgrund einiger Nachfragen darauf hin, dass 17 Tsd. m² Fläche nicht zugänglich seien. Diese seien als Versorgungsflächen vorbehalten. Auch öffentliche Grünflächen sind enthalten.

Herr Lehmann merkt an, dass der Bebauungsplan, welcher dieser Maßnahmenplanung vorausging, von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Es folgen weitere Nachfragen und der Hinweis auf den vorhandenen Handlungsdruck. Es bestehen noch einige Klärungsbedarfe. Trotz allem wird um eine schnellstmöglich umsetzbare Variante, welche keinen Flächentausch oder eine Bebauungsplanänderung zur Folge hat, gebeten.

Frau Roth geht auf den Stadteilladen in der Georg-Hermann-Allee ein. Man sei froh, dass es nun endlich eine konkrete Planung gebe.

Sie bittet, die Planungen im Entwicklungsgebiet zu erweitern und den Norden, Westen und Süden einzubeziehen. Der Jugendclub Ribbeckeck sei beispielsweise auch sanierungsbedürftig.

Ebenfalls bittet sie, bei der Planung der Schule an der Pappelallee den Bürgertreff, die umliegenden Einrichtungen und auch den StadtrandELFen e.V. stärker einzubeziehen.

Auf Nachfrage von **Frau Wieczorek**, wie die Weitergabe der Bürgerinteressen erfolgt, erklärt **Herr Viehrig**, dass alle vorgetragenen Anmerkungen und Hinweise von der Verwaltung mit aufgenommen wurden.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass diese Anmerkungen formal in den Antrag mit aufgenommen werden müssten.

Herr Kolesnyk betont, dass jeder der beteiligten Ausschüsse zu seinen zuständigen Themen Aussagen treffen müsse. Er bittet daher, den Antrag zunächst zur Kenntnis zu nehmen und im federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die Zusammenführung dieser Aussagen vorzunehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem weiteren Vorgehen zur Kenntnisnahme zu.

zu 3.9

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt **zur Kenntnis**:

Die Ziele für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld werden für die Restlaufzeit der Maßnahme wie folgt konkretisiert:

1. Auf dem nördlichen Teil der Fläche zwischen der Georg-Hermann-Allee und der Leonardo-Da Vinci- Schule werden als jeweils getrennte

Einrichtungen eine Kindertagesstätte mit 120 Plätzen und eine Jugendfreizeitstätte mit 105 Plätzen errichtet. (Baufeld MI im B-Plan Nr. 80.2 „Rote Kaserne West, nördlich Esplanade“)

2. Im Quartier nördliche Gartenstadt wird zusätzlich zu der im Bau befindlichen Einrichtung eine Kindertagesstätte mit 90 Plätzen errichtet (Baufeld WA 24 im B-Plan Nr. 66B „Nördliche Gartenstadt“, 1. Änderung „Nordbereich“).
3. Im Quartier Rote Kaserne West wird westlich der Georg-Hermann-Allee auf dem nördlichsten Baufeld eine Kindertagesstätte mit 150 Plätzen errichtet (Baufeld WA 1.1 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“).
4. Auf dem Grundstück an der David-Gilly-Straße, das temporär durch eine Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird, wird nach Aufgabe der derzeitigen Nutzung eine Kindertagesstätte mit je nach Bedarf 90 bis 120 Plätzen errichtet (Baufeld C im B-Plan Nr. 40 „Kaserne Kirschallee“).
5. Räume für einen Bürgertreff werden entweder in Kombination mit der Jugendfreizeiteinrichtung (s. Ziel 1) oder in Kombination mit der Kita Georg-Hermann-Allee (s. Ziel 3) geschaffen.
6. Westlich der Georg-Hermann-Allee wird das Baufeld, das an den neuen Betriebshof des Volksparks angrenzt, für geförderten Wohnungsbau (möglich sind dabei auch Wohnheime für Studierende) angeboten (Baufeld WA 8 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“). Darüber hinaus wird die südlich an die gemäß obiger Ziffer 3 für eine Kindertagesstätte vorgesehene Fläche (WA 1.1) angrenzende Baufläche (Baufeld WA 1.2 im B-Plan Nr. 80.3 „Rote Kaserne West“) für geförderten Wohnungsneubau vorgesehen.
7. Im Kleinen Wiesenpark wird zur Erweiterung der Möglichkeiten für den Freizeitsport ein Kleinspielfeld hergestellt.

zu 3.6

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Entwicklungsmaßnahme im Bornstedter Feld soll evaluiert und bei Bedarf an den Stand der städtebaulichen Entwicklung angepasst werden.

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Werkstatt für Beteiligung ein Werkstattverfahren durchzuführen, in dem:
 - a) die veränderten Bedarfe an Grünflächen, Schule, Kita und Sportanlagen seit der Festlegung der Entwicklungsziele ermittelt werden und
 - b) die finanziellen, rechtlichen und räumlichen Spielräume dargestellt werden, die durch die Entwicklung der Grundstückspreise und die laufende Umsetzung der Entwicklungsmaßnahme entstanden oder verblieben sind.

2. Bis zum Abschluss dieses Werkstattverfahrens ist der Verkauf von Grundstücken im Entwicklungsbereich auszusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2018 erstmals über die eingeleiteten Schritte zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 3

zu 3.12 Baufäche am Lustgarten: Raum für Musik und Bewegung

Vorlage: 18/SVV/0770

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
B/Sp., K/W, SBV (ff)

Herr Wohlfahrt bringt den Antrag ein. In den letzten Jahren wurden bereits Ersatzflächen für Skateranlagen, Musikproberäume und Kletterwände gesucht. Anliegen des Antrages sei eine Prüfung, ob diese auf der benannten Fläche am Lustgarten im Zuge des angedachten Neuordnungskonzepts umgesetzt werden können. Die Fläche eignet sich besonders wegen ihrer günstigen Anbindung an den ÖPNV und den bereits dort verorteten Freizeitangeboten.

Herr Lehmann informiert, dass seitens der Verwaltung empfohlen wird, den Antrag abzulehnen, da eine Laufzeitverlängerung geplant sei. Des Weiteren sei laut Abstimmung mit dem Bauministerium momentan keine Bereitstellung weiterer Mittel, als die für die geplanten Bebauungen eingeplanten, möglich. Die Kapazitäten seitens der Verwaltung seien außerdem beschränkt. Die geplanten Entwicklungen bezüglich des Rechenzentrums und der Plantage seien zeitlich bereits ausfüllend. Daher werde zurzeit keine Priorität zur Prüfung dieser Anlagen gesehen.

Herr Kolesnyk fragt, welche Nutzung derzeit auf der Fläche stattfindet. Herr Lehmann informiert, dass es sich derzeit um Parkflächen handelt.

Frau Naundorf weist darauf hin, dass es für diesen Antrag noch zu früh sei. Zunächst müssen die bisher vorgesehenen Planungen für den Standort abgeschlossen werden.

Herr Wohlfahrt hält die Prioritätensetzung für falsch. Man dürfe eine Prüfung nicht von vornherein aufgrund der noch fehlenden Klärung zur Finanzierung ausschließen. Sehr viele Nutzer hätten an diesen Anlagen großes Interesse. Über die Finanzierung könne man miteinander in die Diskussion gehen.

Herr Kolesnyk merkt an, dass auf der Fläche bereits ein zentrales Angebot bestehe. Auch das Sportforum am Schlaatz und der Lindenpark bieten in diesen Bereichen bereits neue Möglichkeiten. Sollte künftig trotzdem ein Mehrbedarf ersichtlich werden, könne man die Prüfung immer noch durchführen.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass kurzfristig keine Lösung möglich sei. Die Idee ist aber grundsätzlich gut. Durch den Beschluss gerät der Prüfauftrag nicht in Vergessenheit.

Frau Wieczorek stimmt dem zu und betont, dass es wichtig sei, Plätze zur sinnvollen Beschäftigung für Jugendliche zu schaffen.

Da bisher keine städtebaulichen Mittel zur Verfügung stehen, schlägt **Herr Wollenberg** vor, den Antrag um folgenden Satz zu ergänzen:
„Die Prüfung ist einzuleiten, sobald eine konkrete Planung vorliegt.“

Herr Wohlfahrt bittet, in Zusammenarbeit mit den Interessenten, ein Ergebnis bis zum Frühjahr 2019 zu erarbeiten.

Der **Änderungsantrag** von Herrn Wollenberg wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

Der so geänderte Gesamtantrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

zu welchen Kosten und unter welchen Voraussetzungen auf der laut Neuordnungskonzept für das Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte vorgesehenen Baufläche im südlichen Lustgarten Räume für Bewegung und Musik geschaffen werden können.

Die Prüfung soll folgende Nutzungen oder Mischnutzungen umfassen:

- Skaterhalle oder überdachte Skateanlage (v.a. Rampen u.ä. für Fun-/Tricksport),
- Wände zum Klettern und Bouldern,
- Probenräume für Musiker*innen (ohne Ausstattung).

Zu prüfen ist dabei auch

- welche Nutzflächen bei welchen Geschossigkeiten und Bauhöhen ungefähr erreicht werden können,
- welche weiteren rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sind und
- inwiefern Mittel der Städtebauförderung einsetzbar wären.

Nicht zuletzt zugunsten neuer landschaftlicher Erlebnisse (durch Bahndamm versperrter Blick über die Havel) ist grundsätzlich von einer Begehbarkeit des Daches auszugehen.

Die Prüfung ist einzuleiten, sobald eine konkrete Planung vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.4 Kunstrasenplatz Kuhforter Damm Sportverein Grün Weiss Golm
Vorlage: 18/SVV/0604

Einreicher: Fraktion CDU/ANW
SBV, OBR Golm, OBR Eiche

Herr Viehrig bringt den Antrag ein.

Er weist darauf hin, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die Vorlage bereits in seiner Sitzung am 13.11.2018 behandelt und einstimmig angenommen habe.

Es liegen keine Wortmeldungen vor, somit wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen zu prüfen, um einen der beiden Rasenplätze auf dem Gelände des Sportvereins Grün Weiß Golm zum Kunstrasenplatz umzurüsten. Die finanziellen Mittel sind durch den Ortsbeirat Golm und im Haushalt der Stadt Potsdam bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Sportflächen

Vorlage: 18/SVV/0602

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, WA KIS

Frau Naundorf bringt den Antrag ein.

Herr Richter informiert, dass der Antrag im Werksausschuss KIS am 16.11.2018 aufgrund der Abwesenheit des Antragstellers zurückgestellt wurde.

Er weist darauf hin, dass im genannten Gebiet bereits zahlreiche Außensportanlagen - auch in Form von Kleinspielfeldern - vorhanden seien. Das Gebäude des Sportforums sei bereits in der entsprechenden Größe geplant. Durch das Anbringen von Ballfangzäunen bei einer Dachnutzung sei die Bebauung zu hoch und die entsprechend vorgegebenen Sichtachsen würden nicht eingehalten werden.

An anderen Standorten sei diese Variante eher geeignet.

Herr Böttcher bittet, die Planungen zum Sportcampus vorzustellen. Er fragt, ob eine Bedarfsabfrage bei den Nutzern durchgeführt wurde. **Herr Richter** bejaht dies.

Herr Wollenberg merkt an, dass die Nutzung der Dachflächen an dieser Stelle schwierig zu gestalten sei, da sich in unmittelbarer Nähe Hochhäuser befinden.

Frau Schkölziger ergänzt, dass Eltern und Anwohner grundsätzlich gegen die Bebauung der Fläche sind.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Dachflächen bei dem offenbar neu angedachten Sportcampus am Schlaatz für Fußball oder andere Sportarten nutzbar gemacht werden.

Die Ausschüsse Bildung und Sport sowie Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind zeitnah in die Planungen einzubeziehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2018 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Fun-Sporthalle - Standort Friedrich-Engels-Straße

Vorlage: 18/SVV/0686

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

B/Sp., FA, K/W, HA

zu 3.11 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern

Vorlage: 18/SVV/0743

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

B/Sp., FA, K/W, HA

Herr Wollenberg bringt die Vorlage 18/SVV/0686 ein.

Frau Naundorf weist darauf hin, dass es sich bei den beiden Anträgen um verschiedene Flurstücke handle. Wichtig sei zunächst die Sicherung der im Antrag des TOP 3.11 benannten Parkfläche.

Bei der Fläche im Antrag 3.7 ist bisher keine Verpachtung an das freiLand geplant.

Frau Aubel informiert zum freiLand, dass zunächst die über das Jahr 2019 hinausgehende Verlängerung des Pachtvertrages geklärt sein müsse.

Hierzu müsse man sich mit Vertretern der Stadtwerke Potsdam und dem zuständigen Fachbereich abstimmen, um die Sicherung der Fläche langfristig zu planen. Sie empfiehlt die Vertagung des Antrages bis zur abschließenden Klärung der Pacht- und Eigentumsverhältnisse.

Herr Richter merkt zum TOP 3.7 an, dass die Leichtbauhalle aus technischen Gründen für die Nutzung als Skaterhalle nicht empfehlenswert sei, da sie für diese Zwecke nicht robust genug ist. Auch das empfindliche Doppelmembran-Dach mit Luftversorgung eigne sich nicht für diesen Nutzungszweck. Für den Zweck einer Skateranlage müsse eine neue geeignete Konstruktion gebaut werden. **Herr Kolesnyk** fragt, ob es vorgesehen sei, die vorhandenen Leichtbauhallen langfristig weiter zu nutzen. Er bittet zunächst um Klärung der Grundstücksfrage.

Auf Nachfrage von **Herr Wollenberg** zur Zeitschiene erklärt **Frau Aubel**, dass im Juni 2019 ein Ergebnis vorgestellt werden könne.

Zum TOP 3.11 erklärt **Frau Aubel**, dass unterschiedliche Varianten, wie es mit dem Betrieb des freiLand weitergehen könnte, geklärt werden.

Spätestens im Januar 2019 werde man hierzu Aussagen treffen können.

Die Tagesordnungspunkte 3.7 und 3.11 werden bis zur Ausschusssitzung im Januar 2019 **zurückgestellt**.

zu 3.8 Schließung der Berufsvorbereitenden Oberschule Pierre de Coubertin mit Beendigung des Schuljahres 2018/2019

Vorlage: 18/SVV/0758

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport

Frau Aubel informiert, dass für die im Rahmen des Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020 beschlossene Schließung der Pierre de Coubertin Oberschule nun die zeitliche Planung abgeschlossen sei.

Die Käthe-Kollwitz-Oberschule wird ab dem Schuljahr 2019/2020 die Rechtsnachfolge der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 9 und 10 der Pierre de Coubertin Oberschule übernehmen. Eine räumliche Verortung der Schüler bleibt für das Schuljahr 2019/2020 am Schulstandort Gagarinstraße. Ab dem Schuljahr 2020/2021 werden die verbleibenden 10. Klassen an der Käthe-Kollwitz-Oberschule untergebracht.

In der Berichterstattung der Presse sind einige Schwierigkeiten bezüglich der übergangsweisen Koexistenz mit der Montessori Schule bekannt geworden. Derzeit sei man mit allen Beteiligten im Gespräch. Man lege hierbei großen Wert darauf, für alle Schülerinnen und Schülern gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Sie geht exemplarisch auf das in der Presse benannte Problem, man dürfe in den Interimsräumen keine Tafeln oder Smartboards anbringen, ein. Für die Übergangsphase von eineinhalb Jahren seien hier bspw. mobile Lösungen möglich.

Herr Viehrig bittet um die Einbeziehung der Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Herr Hilbert informiert, dass man sich in Austausch mit allen Beteiligten befinde.

Herr Viehrig betont, dass man die Schülerinnen und Schüler, welche sich in der Übergangsphase befinden, nicht vernachlässigen dürfe.

Herr Wollenberg bittet um regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss beziehungsweise in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung.

Frau Naundorf fragt, ob ein zweimaliger Umzug für die Schülerinnen und Schüler nötig sei oder ob die Kapazitäten an der Käthe-Kollwitz-Oberschule für einen direkten Umzug der Klassen 9 und 10 in die Käthe-Kollwitz-Oberschule ausreichen. **Frau Aubel** verneint diese Möglichkeit aufgrund der fehlenden Kapazitäten.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Berufsvorbereitende Oberschule Pierre de Coubertin wird mit Beendigung des Schuljahres 2018/2019 geschlossen.
2. Die Käthe-Kollwitz-Oberschule übernimmt ab Schuljahr 2019/2020 die Klassenstufen 9 und 10 der Berufsvorbereitenden Oberschule Pierre de Coubertin.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**zu 4.1 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018****Vorlage: 18/SVV/0648**

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Jekel stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Es sollte geprüft werden, wie die gesamtstädtische Zusammenarbeit im Bereich der Stadtteilarbeit verbessert werden kann. Im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion wurde die Mitteilungsvorlage bereits behandelt. In den beiden Ausschüssen sei die Sorge aufgekommen, dass die Maßnahmen negative Auswirkungen auf die Träger haben könnten. Die Durchführung eines Fachtages zum Gesamtkonzept sei Anfang nächsten Jahres geplant, um konkreter über das Konzept diskutieren zu können. Auch die Arbeitsgruppe Nachbarschafts- und Begegnungshäuser werde sich mit dem Thema intensiver befassen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt **zur Kenntnis:**

Das vorliegende Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam ab 2018 wurde auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses 17/SVV/0172 erstellt.

Wesentliche Inhalte des Konzepts sind

1. eine Bestandsaufnahme
2. die Formulierung von Zielstellungen
3. die Beschreibung von Maßnahmen, deren Umsetzung zu prüfen ist.

1. Bestandsaufnahme

Wesentliche Ergebnisse der Bestandsaufnahme sind, dass

- es sehr unterschiedliche räumliche Bezugsebenen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gibt; dies erschwert zum einen ein integriertes Handeln der Verwaltung und deckt sich zum anderen oft nicht mit den lebensweltlichen Perspektiven der Einwohnerschaft;
- es in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bislang keine Organisationsstruktur gibt, die auf Ebene der Orts- und Stadtteile die Bündelung kommunaler Ressourcen und regelmäßiger Beteiligungsprozesse steuert und als Anlaufstelle für Belange von Trägerinnen und Bewohnern fungiert;
- für eine Reihe von Teilräumen zwar bereits Konzepte mit ressortübergreifenden Zielen und Maßnahmen existieren, dies aber nicht flächendeckend für alle Teilbereiche der LHP; zudem haben die bestehenden Konzepte unterschiedliche Themenschwerpunkte und Detaillierungsgrade;

- sehr gute Daten für ein kleinräumiges Monitoring bereitstehen, bisher aber keine systematische fachübergreifende Auswertung und Ableitung von Handlungsbedarfen erfolgt.

2. Zielstellungen:

Im Ergebnis der Bestandsaufnahme wird vorgeschlagen, die Stadtteilentwicklung in Potsdam hinsichtlich organisatorischer und methodischer Aspekte neu aufzustellen und dies sukzessive für die gesamte Stadt umzusetzen.

Dazu soll zunächst eine systematische Bestandsaufnahme bestehender Konzepte hinsichtlich fehlender bzw. unter Einbezug der Bewohnerschaft zu aktualisierender Handlungsfelder sowie von Stadtteilen mit fehlender konzeptioneller Grundlage stattfinden. Auf deren Basis, so die Herangehensweise im Konzept, werden zur Konkretisierung des Potsdamer Leitbildes zusammen mit der Bewohnerschaft in den Stadt- und Ortsteilen Potsdams Zukunftsziele je Quartier entwickelt (Stadtteil-Leitbilder).

Im Rahmen der Stadtteilarbeit wird außerdem überprüft, ob und ggf. wie im Sinne der Gleichbehandlung eine Annäherung der Beratungs- und Mitbestimmungsrechte für Vertretungen der Bewohnerschaft in den Potsdamer Stadt- und Ortsteilen erreicht werden kann. Zudem bedarf es einer Verständigung darüber, ob der Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen der Verwaltung stärker gebietsbezogen ausgerichtet und aufeinander abgestimmt werden kann.

Stadtteilarbeit im Sinne des vorgelegten Konzepts wird schließlich als Herangehensweise vorgeschlagen, mit der Lösungsideen für die sich verändernden kommunalen Aufgaben entwickelt und erprobt werden können.

3. Maßnahmen

Zur Erreichung der vorgenannten Ziele werden kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen vorgeschlagen, deren Wirksamkeit zu prüfen ist. Insbesondere sind die finanziellen Mittel zu ermitteln, sofern sie für die Umsetzung notwendig sind. Eine Umsetzung von Maßnahmen, die zusätzliche finanzielle Mittel erfordern, ist grundsätzlich innerhalb des laufenden Haushalts nicht möglich

zu 4.2 **Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten**

Vorlage: 18/SVV/0764

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Herr Kitzmann bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er stellt Frau Möllmann vor. Sie wird künftig die Projektleitung der Schul-IT übernehmen.

Im Konzept „Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten“ sei unter anderem die Planung einer übergreifend nutzbaren „Bildungscloud“ enthalten. Bezüglich der IT-Ausstattung an Schulen wurden einheitliche Standards definiert, um grundlegende Vorgaben für alle Schulen zu erhalten.

Herr Viehrig fragt nach der Stellenbesetzung im Bereich der Schul-IT.

Herr Kitzmann erklärt, dass man hierzu bereits in der Schulleiterberatung berichtet habe. Zwei Stellen seien zurzeit unbesetzt, eine befindet sich in Ausschreibung und die Arbeitsgruppenleiterstelle befinde sich aktuell im Besetzungsverfahren.

Die Aufgaben der Arbeitsgruppe Schul-IT teilen sich in den Bereich Organisation und in den Bereich Störungsbehebung. Man erhoffe sich Synergieeffekte der beiden neuen Bereiche.

Auch das Problem der verspäteten Rückmeldung auf Störungsmails soll angegangen werden. Zum einen gebe es weiterhin die zentrale Mailadresse ([IT-Schule](#)), hinzu kommt eine Mailadresse (Support-Schule) nur für Störungsmeldungen.

Personaltechnisch sei momentan keine Deckung des Bedarfes möglich.

Herr Wollenberg hält die Standardisierung für sehr wichtig. Er fragt, ob es Überlegungen zur Einbeziehung der Schulen gebe. **Herr Kitzmann** bejaht dies. Er fragt, ob die mit der Haushaltsplanung vorgesehenen Stellen ausreichend seien. **Herr Kitzmann** informiert, dass diese aus aktueller Sicht nicht ausreichend sind.

Frau Möllmann weist darauf hin, dass das neue Konzept ab 01.01.2019 entstehen soll. Eine gemeinsame Erarbeitung unter Einbeziehung der Schulen sei geplant.

Herr Porath fragt, ob es festgelegte Reaktionszeiten gebe.

Herr Kitzmann erklärt, dass nach Einschätzung der Schulen die Reaktionszeit auf Meldungen zu lang sei. Dies findet bei der Konzeptbearbeitung Berücksichtigung.

Frau Warbein fragt, ob der Zugang zu Bildungsinhalten barrierefrei gestaltet sei, dies wird verneint.

Frau Aubel ergänzt, dass die Vorstellung der neuen Organisation in der Schulleiterberatung sehr positiv aufgenommen wurde. Aber die personelle Ausstattung sei nach wie vor eher schlecht. Verbesserungen beispielsweise bezüglich der Reaktionszeit seien perspektivisch geplant.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt **zur Kenntnis**:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4. September 2013 (13/SVV/0302) waren der Bedarf und der zeitliche Einsatz digitaler Medien in den Potsdamer Schulen in einem Masterplan festzuschreiben sowie der Zeitraum und die Kosten der Umsetzung zu ermitteln.

Der Masterplan IT zum Einsatz digitaler Medien in Potsdamer Schulen wurde in der Fortsetzungssitzung der 61. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. April 2014 von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen (14/SVV/0302). Bezüglich der IT-Ausstattung an Potsdamer Schulen wurden Standards definiert und eine Mietfinanzierung für die Hardwarebeschaffung festgelegt.

Darüber hinaus konnten Netzwerk-, Präsentations- und Drucktechnik, wie z.B. Digitale Schwarze Bretter, Interaktive Tafeln, Projektoren, Multifunktionsdrucker und weitere Medientechnik, aus Mitteln der Ersatzbeschaffung oder den Schulbudgets finanziert werden.

Am 11. April 2018 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, als Teil des Masterplanes IT, ein Konzept zum Thema „Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten“ zu erstellen (18/SVV/0060). Ziel ist es, gemeinsam mit Schülern, Eltern, Experten und Schulleitungen die IT-Bedarfe der Schulen zu erfassen, die Kosten zu erheben und die Zeitschiene für die Umsetzung festzulegen. In dem Konzept sollen außerdem Ideen und Lösungsvorschläge für eine übergreifend nutzbare „Bildungscloud“ erarbeitet werden.

Unter dem Arbeitstitel „Masterplan Schul-IT 2.0“ plant die Landeshauptstadt Potsdam 2019 im Sinne eines Konzepts zur Digitalen Bildung den aktuellen Masterplan IT zu evaluieren, neu aufzusetzen und um weitere Aspekte, wie beispielsweise eine „Bildungscloud“ und innovative IT-gestützte Lernmethoden, zu ergänzen. Der bestehende Masterplan IT gilt dabei weiterhin.

Die Federführung übernimmt der Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen, Fachbereich Steuerung und Innovation. Begleitet wird die Erstellung des Masterplanes 2.0 durch ein Forum, das sich u.a. aus Vertretern des Kreiselternebeirats, Schul- und Schülervertretern sowie Vertretern aus dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport sowie Experten zusammensetzen soll.

Folgende Inhalte des „Masterplan Schul-IT 2.0“ sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt geplant:

- Entwicklung einer städtischen Gesamtstrategie unter Festlegung standardisierter Ausstattungsvarianten,
- Weiterentwicklung der standardmäßigen Hardwareausstattung an den Schulen,
- Fortführung von Modernisierungsmaßnahmen der IT-Infrastruktur(en),
- Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz für Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler,
- Ableitung einer BYOD (Bring Your Own Device)-Strategie zur Nutzung mobiler Endgeräte an den Schulen,
- Entwicklung eines Förderkonzeptes mit dem Ziel der ausgewogenen Verteilung von Fördermitteln,
- Zielsetzung und Umfang einer Bildungscloud mit Ableitung einer Umsetzungsstrategie und Konzeption einer Infrastrukturlösung,
- Erschließung von Kooperationsformen zum Beispiel mit Ländern, Kommunen und Verlagen,
- Standardisierung der Bedarfsplanung unter Berücksichtigung von Bedarfs- und Innovationszyklen sowie der kommunalen Haushaltsplanung.

Über den Sachstand wird die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Konzeption des „Masterplan Schul-IT 2.0“ informiert.

zu 4.3 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung Sachstand Baumaßnahmen

Herr Richter erklärt, dass es momentan keine kritischen Projekte gebe. An der Schule am Schilfhof gebe es allerdings eine verlängerte Bauzeit. Die Übergabe sei daher erst im Januar bzw. Februar 2019 möglich. Grundsätzlich werden bei

allen Bauprojekten Schadstoffmessungen durchgeführt. Bei diesen wurde einmalig ein erhöhter Wert festgestellt. Es wurden die entsprechenden Maßnahmen zur Behebung eingeleitet.

Auch sei weiterhin die Marktsituation angespannt und es gebe nur wenig Angebote von Baufirmen.

Auf Nachfrage von **Herr Viehrig** zur Zeitschiene am Standort Grundschule Bornim erläutert **Herr Richter**, dass es noch fraglich ist, ob der geplante Nutzungsbeginn Winterferien 2019, eingehalten werden könne. Dies werde man Anfang des Jahres feststellen können. Dann werde man Gewissheit haben, ob es Nachsteuerungsbedarf gebe. **(Anlage 3)**

zu 4.4 Halle für Alle gem. DS 18/SVV/0058

Wegen der Abwesenheit von Herrn Richter (Beauftragter für Menschen mit Behinderung), berichtet **Herr Richter** (KIS) zum aktuellen Stand.

Ein gemeinsamer Termin mit dem Behindertenbeirat wurde durchgeführt.

Die Halle am Stern wurde besichtigt und kleinteilige Verbesserungsvorschläge für Bestandsturnhallen, welche bereits barrierefrei sind, wurden aufgenommen.

Es wurde sich darauf verständigt, die räumlichen Bedingungen zu verbessern – beispielsweise in Form von zusätzlichen Lagermöglichkeiten. Statt des Neubaus einer Halle sind aktuell kleinteilige Maßnahmen ausreichend.

zu 4.5 Präsentation der Arbeitsergebnisse des Bildungsbüros

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Ausschusssitzung im Dezember **zurückgestellt**. Siehe TOP 2 – Feststellung der Tagesordnung.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Ersatzflächen für den Wegfall der Sportflächen an der Uni Potsdam

Herr Gessner bittet, dem Protokoll seine schriftliche Stellungnahme beizufügen. **(Anlage 4)**

Er merkt an, dass es sich bei der Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Universität Potsdam, dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologischen Landesmuseum sowie der Landeshauptstadt Potsdam um Erweiterungsgedanken für die Universität Potsdam handle. Unter anderem die Sportanlage in der Lindenallee müsse dafür verlagert werden.

Die Zuständigkeit für die Verlagerung der Leichtathletik-, Fußball- und Tennisanlagen liege beim Ministerium und der Universität Potsdam.

Die Finanzierung laufe ebenfalls über das Ministerium.

Die Verlagerung der vom USV e.V. genutzten Anlagen für Baseball/ Rugby und zum Teil Tennis liege in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam.

Diesbezüglich wurden bereits Untersuchungen durchgeführt. Es gab Abstimmungen mit dem KIS und auch die Nutzer wurden in den Planungsprozess mit einbezogen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung der

Verlegung nur unter der Bedingung zugestimmt habe, dass entsprechender Ersatz geschaffen werde. Eine Verlagerung der Anlagen für Rugby und Baseball sei nicht sofort notwendig. Der Prozess zur Erweiterung der Universität sei langwierig. Daher sei keine Eile zur Auslagerung der Anlagen erforderlich.

Herr Gessner weist darauf hin, dass die Sportanlagen - so lange wie möglich - erhalten bleiben. Sollte sich die Erforderlichkeit ergeben, werde man die Sportler weitervermitteln.

Frau Naundorf betont, dass es wichtig sei, sich frühzeitig über einen „Plan B“ Gedanken zu machen. Auch sollte auf den Anlagen die Nutzung für Schulen ermöglicht werden.

zu 5.2 Sachstand Schule Medienstadt

Frau Aubel berichtet, dass sich im Rahmen des durchgeführten Interessenbekundungsverfahrens ein Interessent gemeldet habe. Es habe bereits eine Abstimmung zwischen ihr und der Geschäftsbereichsleitung Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung geben, in welcher das schnellstmögliche Verfahren besprochen werde. Alle Beteiligten, sei an einer möglichst zeitnahen Realisation des Verfahrens gelegen. Eine Vorstellung der aktualisierten Zeitschiene könne eventuell in der nächsten Ausschusssitzung gegeben werden.

zu 5.3 Information zur Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung am 06.12.2018

Frau Aubel informiert, dass Themen der nächsten Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung die weiterführende Schule in Krampnitz und das Thema Ganztags – Vorhaben des Geschäftsbereiches sein werden. Die Tageordnung werde zeitnah verschickt.

zu 5.4 Bericht aus der Schulleiterberatung am 08.11.2018

Frau Aubel berichtet, dass die Schulleiterberatung der Grund- und Förderschulen am 08.11.2018 stattgefunden habe. Die Themen Neue digital-analoge Strategie zur Förderung im Grundschulbereich – diese könne man im Rahmen des Ausschusses vorstellen -, Digitalisierung an Schulen, Reinigung an Schulen, Schulsozialarbeit und Evaluierung der „PLUS“-Projekte, Ü1- und Ü7-Verfahren, Vorhaben des GB 2 - Ganztags und Stellenbedarfe Schulsekretariate wurden unter anderem besprochen.

Am 22.11.2018 werde die Beratung für die weiterführenden Schulen durchgeführt. Themen werden unter anderem auch die Planung zum Ganztags – Vorhaben des Geschäftsbereiches, sowie die Stellenbesetzung der Schulsekretariate sein.

zu 5.5 nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig informiert, dass die nächste Ausschusssitzung am 11.12.2018 in der Hanna von Pestalozza Grundschule stattfinden wird.

Um 17:00 Uhr wird eine Führung durch die Schulleitung organisiert, ab 17:30 Uhr

beginnt die Ausschusssitzung.

Herr Viehrig bittet die Ausschussmitglieder um Anwesenheit ab 17:00 Uhr

zu 5.6 Errichtung einer Gesamtschule am Standort Georg-Hermann-Allee/Esplanade

Herr Hilbert weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage Errichtung einer Gesamtschule am Standort Georg-Hermann-Allee/Esplanade am 05.12.2018 in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werde. Die Schule soll bereits Berücksichtigung im aktuellen Ü7-Verfahren finden. Die Eltern wurden bereits in die Planung einbezogen.

Frau Aubel bittet die Ausschussmitglieder, in ihren Fraktionen für einen Sofortbeschluss am 05.12. zu werben, da sonst die Eröffnung der Schule gefährdet sei. **Herr Hilbert** weist darauf hin, dass zusätzliche Containeranlagen notwendig seien.